

## **Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung**

### **Kita-Chaos schnell beseitigen – Bremen familienfreundlicher gestalten!**

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 23. August 2016 den Antrag der Fraktion der CDU

Kita-Chaos schnell beseitigen – Bremen familienfreundlicher gestalten!

zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

Mit dem Antrag soll die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. umgehend in Zusammenarbeit mit den freien Trägern Maßnahmen einzuleiten, um die Rechtsansprüche der Eltern, und insbesondere von Alleinerziehenden, auf eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung umzusetzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass auch Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit erheblichem Sprachförderbedarf in ausreichendem Maß an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen können. Qualitätsverschlechterungen durch Vergrößerung der Gruppen in den Kindertagesstätten sind dabei auszuschließen.
2. bis zum 31. Oktober 2016 in Zusammenarbeit mit den freien Trägern ein Ausbaukonzept bis 2020 vorzulegen, welches die aktuellen Geburtensteigerungen, den Zuzug von Flüchtlingen und die Entwicklungen in den Stadtteilen berücksichtigt. Das Ausbaukonzept soll mit einem konkreten Zeit- und Maßnahmenplan zur Umsetzung und einem Finanzierungsplan unterlegt sein.
3. beim zukünftigen Ausbau auch Angebote von Investoren, die in Zusammenarbeit mit einem bereits aktiven Kita-Träger Einrichtungen bauen bzw. umbauen wollen, zuzulassen und bereits bestehende Angebote – insbesondere die, die sich kurzfristig umsetzen lassen – schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.
4. beim zukünftigen Ausbau zur Verfügung stehende Bundesmittel fristgemäß und vollständig zu beantragen und abzurufen und halbjährlich der zuständigen städtischen Deputation für Kinder und Bildung über den Abruf zu berichten.
5. die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach dem Vorbild anderer Bundesländer von Zuwendungen auf Entgelte (Kita-Gutscheine) umzustellen. Lange Planungsprozesse und komplizierte (bautechnische) Zuwendungsprüfungen können damit entfallen und der Ausbau erfolgt bedarfsorientiert.
6. der zuständigen städtischen Deputation für Kinder und Bildung monatlich über den aktuellen Stand der Ausbauprojekte zu berichten und den weiteren Planungs- und Ausbauprozess in einem transparenten Verfahren vorausschauend mit der städtischen Deputation abzustimmen.

Die städtische Deputation für Kinder und Bildung hat den überwiesenen Antrag in ihrer Sitzung am 19. Oktober 2016 beraten und empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Das Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung hat sich auf folgenden Maßnahmenplan zur Schaffung von mehr Kita- und Krippenplätzen (kurz- und mittelfristig) verständigt:

Verlagerung von Hortplätzen an Grundschulen und sofortige Nutzung der frei werdenden Räume für die Kindertagesbetreuung; mögliche Standorte wurden von der

Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) benannt, Absprachen mit den Trägern über die konkrete Umsetzung werden kurzfristig getroffen.

Sofortige Bestandsaufnahme aller eingeleiteten, aber noch nicht vollendeten Projekte zur Schaffung von Kita- und Krippenplätzen und Entwicklung eines Masterplans zur raschen Umsetzung dieser Projekte: Die Informationen werden jeweils für den Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der städtischen Deputation für Kinder und Bildung aktuell aufbereitet und nachfolgend den anderen Gremien zur Verfügung gestellt.

Bestandsaufnahme aller Verwaltungs- und Entscheidungsverfahren bei Schaffung neuer Kita- und Krippenplätze und beim Bau neuer Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit dem Ziel der Straffung und Vereinheitlichung: Der neu geschaffene Staatsräte-Jour fixe der Senatsressorts Kinder und Bildung, Bau, Finanzen und Senatskanzlei klärt mögliche Verfahrenserleichterungen.

Sofortige Identifizierung geeigneter Grundstücke für den Bau neuer Kitas und Krippen in Stadtteilen mit aufholendem Entwicklungsbedarf bei der Versorgung von Kindern bis zur Einschulung – in enger Abstimmung mit Ortsämtern und Beiräten und allen Senatsressorts: Der Auftrag wurde Anfang August an Immobilien Bremen erteilt. Zu den ersten Rückmeldungen erfolgen nun die Bewertungen zur fachlichen Eignung.

Kurzfristige Erhöhung der Ausbildungskapazitäten der sozialpädagogischen Fachkräfte, insbesondere auch der berufsbegleitenden Ausbildungsgänge und Steigerung der Ausbildungsplätze in Kitas (Erzieherinnen/Erzieher im Berufspraktikum), einhergehend mit der notwendigen Ressourcenausstattung. Die zuständigen Referate 31 und 22 der Senatorin für Kinder und Bildung erarbeiten Lösungsmöglichkeiten.

Umgehende Festlegung der Bedingungen für den Bau von Kita- und Krippeneinrichtungen durch Investoren in Kooperation mit freien Trägern und KiTa Bremen auf privaten und öffentlichen Grundstücken in Stadtteilen mit aufholendem Entwicklungsbedarf bei der Versorgung von Kindern bis zur Einschulung: Vergaberechtliche Fragestellungen wurden ressortübergreifend sowie unter Einbezug eines externen Experten geklärt. Die Verfahren gehen nun in die Umsetzung.

Umgehende Einsetzung und Tagung einer Kita-Steuerungsgruppe unter Leitung der Senatskanzlei mit Beteiligung der Bildungs-, Sozial-, Bau- und Finanzbehörde mit regelmäßiger Berichterstattung an das Bündnis. Diese Aufgabe übernimmt der Staatsräte-Jour fixe, zu dem die Senatskanzlei einlädt. Die inhaltliche Federführung liegt bei der Senatorin für Kinder und Bildung.

Entwicklung und Vorlage eines Konzepts zur Einführung eines neuen Finanzierungs- und Steuerungssystems der Kindertagesbetreuung in Bremen bis Ende 2016 unter Einbezug des Gutscheinsystems in Hamburg sowie Konzepte anderer Kommunen. Der Arbeitsauftrag ist an die Arbeitsgruppe Finanzierung des Bündnisses ergangen. Dort sollen Ziele, Instrumente und Maßnahmen durch die Expertise der kirchlichen und freien Träger im Zusammenspiel mit dem Eigenbetrieb KiTa Bremen erarbeitet werden, um einen politischen Entscheidungsprozess vorzubereiten. Geplant ist eine vorbereitende Arbeitsgruppe mit Fachleuten, die Empfehlungen für die Unterarbeitsgruppe (UAG) Finanzierungssystematik und das Plenum bis Dezember 2016 vorlegt.

Kurzfristiger Einsatz von Containern als Ergänzungsbauten auf Kitagrundstücken: Die Träger überprüfen hier ein mögliches Interesse und potenzielle Standorte. Immobilien Bremen rechnet mit einer kurzfristigen Umsetzung dieser Lösung bis Ende des Jahres.

Zusätzliche Plätze können über die Nutzung ergänzender, gegebenenfalls ausgelagerter Räumlichkeiten geschaffen werden (sogenannte Dependancen): In etwa 20 Schulen könnten Klassenräume und/oder Hausmeisterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Auch andere Räume (Bürgerhäuser, Kirchengemeinden etc.) könnten befristet genutzt werden. Die Träger werden gebeten, eine Nutzung zu prüfen.

Über die Umsetzung der Maßnahmen wird im Ausschuss „Frühkindliche Bildung“ der städtischen Deputation für Kinder und Bildung regelmäßig berichtet.

Beschlussvorschlag:

Ablehnung.

Zusammenfassende Begründung:

Alle geforderten Maßnahmen werden auf Basis der Verständigung des Bündnisses operationalisiert.